

Liebe Leserin, lieber Leser,

unsere Fraktion erreichen viele Anfragen zu parlamentarischen Abläufen, zu den Sitzungen des Landtages, zu unserem Agieren hier im Parlament. Diese Anfragen erreichen uns in der Regel auf elektronischem Weg, per Email.

Wir haben uns nun entschlossen, nach jeder Landtagssitzung einen Newsletter herauszugeben, der sich weitgehend darauf konzentrieren wird, über das Geschehen während der Landtagssitzung zu informieren. Wir wählen die Form des Newsletters ganz bewusst, er wird per Email vertrieben, das ermöglicht schnelle und umfassende Information.

Natürlich werden wir den Newsletter auch nutzen, um auf weitere Arbeitsschwerpunkte der Fraktion und auf aktuelle Termine hinzuweisen. Neben dem Newsletter steht natürlich auch die Homepage der Fraktion (www.linksfraktion-lsa.de) für weitere Informationen zur Verfügung. Wir versprechen uns mit diesem Projekt eine detailliertere Information zu aktuellen Vorgängen hier im Landtag. Für Hinweise, Wünsche, Vorschläge und Kritiken sind wir stets offen, wollen wir doch ständig an der Verbesserung des Newsletters arbeiten.



Fraktionsvorsitzender

Die Landtagssitzung am 9. und 10. Oktober 2008

Die Landtagssitzung stand im Zeichen der weltweiten Finanzkrise und - wieder einmal - der Bildungspolitik.

DIE LINKE hatte eine Aktuelle Debatte zum Thema „Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Sachsen-Anhalt“ initiiert, die CDU stellte die Befragung der Landesregierung (volkstümlich auch „Heißer Stuhl“ benannt) unter das Motto „Auswirkungen der Finanzkrise auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt“.

Ebenfalls mit einer Aktuellen Debatte - „Relevanz der Beschlüsse des Bildungskonvents“ - rief die FDP das Thema Bildungspolitik auf, das seine Fortsetzung mit einer Aussprache zu einer Großen Anfrage der LINKEN zum Thema „Qualifizierungsinitiativen der Bundesregierung - Entwicklung des Innovationspotenzials des Landes Sachsen-Anhalt“ und dem FDP-Antrag „Erweiterung der Zeit des Unterrichtsbeginns“ fand.

Dass nicht nur die Abwesenheit von Ministern, sondern auch deren ausufernde Heiterkeitsausbrüche das Plenum fast sprengen können, bewies Minister Olbertz. Er sprach - stellvertretend für seine erkrankte Kollegin Wernicke - zum EU-Schulmilchprogramm und wurde mit dem Zuruf „Milchminister“ begrüßt. Als er erklären wollte, dass auch Jogurth-, Quark- und Käsezubereitungen von der EU bezuschusst werden könnten, war irgendwie alles zu spät, das Plenum erging sich in allgemeiner Heiterkeit. Der Landtagspräsident freute sich ob der allgemeinen Fröhlichkeit, und mit ihm alle anderen. ◀

Inhalt:

- Seite 2:** Parlamentarische Initiativen der LINKEN
- Seite 6:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen
- Seite 7:** Aktuelles aus der Fraktion
- Seite 7:** aktuelle Terminhinweise

Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung:

■ TOP 01 b): Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Sachsen-Anhalt ([Drs. 5/1542](#))

In der Begründung für die **Aktuelle Debatte** heißt es: „Mit der faktischen Übernahme von Kreditforderungen durch die öffentliche Hand in den USA bzw. durch die Gewährung von staatlichen Bürgschaften für private Kreditinstitute in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten wurde das Scheitern der Deregulierungen der internationalen Finanzmärkte offenkundig. Die daraus resultierende weltweite Kreditklemme bedroht in Zukunft die Existenz von Unternehmen auch in Sachsen-Anhalt, gefährdet notwendige gewerbliche Investitionen ebenso wie private Altersvorsorgemaßnahmen und stellt die angestrebte Konsolidierung des Landeshaushalts in Frage.“

Ausführlich legte **Guido Henke** (s. [Redemanuskript](#)) die Position der LINKEN zur eingetretenen Situation, zu Möglichkeiten, der Krise zu begegnen sowie zu Auswirkungen auf das Land dar, die in Folge dieser Krise zu befürchten seien.

Beschlüsse werden bei Aktuellen Debatten nicht gefasst, sie beschränken sich auf die Darstellung der Positionen der Fraktionen und der Landesregierung zum Thema.

Guido Henke: „Mein Kollege Frank Thiel sagte mit sehr bitterer Ironie am 30.09.2008: „Im Sozialismus wurden Betriebe erst nationalisiert und dann ruiniert. Heute werden Betriebe erst ruiniert und dann verstaatlicht“. Während die soziale Idee alle am Reichtum teilhaben lassen wollte, bürdet die herrschende Elite in der ehemals sozialen Marktwirtschaft nunmehr den Armen die Schulden der Reichen auf. Das ist eine Pervertierung jeder Sozialisierungsidee.“

■ TOP 02: Qualifizierungsinitiativen der Bundesregierung - Entwicklung des Innovationspotenzials des Landes Sachsen-Anhalt ([Drs. 5/1283](#); [Drs. 5/1450](#))

Im Mai 2008 hatte die Fraktion der LINKEN zu diesem Thema eine **Große Anfrage** mit immerhin 67 detaillierten Fragen an die Landesregierung gestellt, zu deren nun vorliegender Antwort eine Aussprache im Plenum geführt wird.

Zum **Hintergrund** heißt es in der Großen Anfrage: „Die Bundesregierung hat im Januar 2008 die Konzeption „Aufstieg durch Bildung - Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung“ veröffentlicht. ... Die nachfolgenden Fragen sind auf eine allgemeine Einschätzung des zu erwartenden Fachkräftebedarfs in Sachsen-Anhalt und auf ausgewählte Beiträge des Landes zu den Schwerpunkten, die in der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung formuliert werden, gerichtet. ... Mit der Großen Anfrage soll die Landesregierung aufgefordert werden, wichtige Ausgangspositionen, Entwicklungsbedingungen sowie von ihr vorgesehene Maßnahmen darzulegen, die dem Ziel dienen, mittel- und längerfristig den Fachkräftebedarf in Sachsen-Anhalt zu decken und so wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung des Innovationspotenzials des Landes zu schaffen.“

Matthias Höhn (s. [Redemanuskript](#)) verweist auf die Bedeutung von Bildung für Wirtschaft und Gesellschaft, auf die Rolle der Bildungspolitik als Sozialpolitik, auf Fragen der technischen Bildung. Und bemerkt zum Abschluss etwas schmunzelnd: „Wir haben die Landesregierung gefragt, was der Beitrag von Sachsen-Anhalt zur Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung sei. Der Beitrag Sachsen-Anhalts besteht darin, die Staatssekretärin Dienel in die Lenkungsgruppe zu schicken.“

Ich glaube - bei allem Respekt vor der Staatssekretärin -, Sachsen-Anhalt sollte sich ein bisschen stärker in diese Offensive einbringen.“

Kultusminister Olbertz kommt im übrigen nicht umhin, auf die „beträchtliche Sachkunde“ der Fragestellungen zu verweisen. Auch teile er die darin enthaltene Problemsicht weitgehend.

Einen mittleren Eklat verursacht der amtierende Präsident **Dr. Fikentscher**. Von der CDU-Abgeordneten **Feußner** aufgefordert, für etwas mehr Ruhe im Plenum Sorge zu tragen, meint der Herr Präsident mit Blick auf die Unruhe, da könne es auch eine Wechselwirkung geben. Und meint offensichtlich den Beitrag der Abgeordneten. Der Protest der CDU-Fraktion ist durchaus nachvollziehbar.

Auch bei Aussprachen zu Großen Anfragen werden in der Sache keine Beschlüsse gefasst.

Matthias Höhn: „Wir haben eine Föderalismusreform I hinter uns, die Mutter aller Reformen. Damit sind die beinahe letzten Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern abgeschnitten worden. ... Aus unserer Sicht muss das Kooperationsverbot in Bildungsfragen wieder fallen. ... Wir haben in vielen Bereichen des Bildungswesens eine chronische Unterfinanzierung. ... Die Länder werden diese Aufgabe allein nicht schultern können. Der Bund muss hierfür in die Pflicht genommen werden.“

■ **TOP 09: Rechtliche Regelungen zur Gleichstellung von verpartnerten Beamtinnen und Beamten sowie von Richterinnen und Richtern**
([Drs. 5/742](#); [Drs. 5/1523](#))

Vom Juli 2007 stammt der Antrag der LINKEN, er wird wie folgt begründet: „Die Gleichstellung von verpartnerten Beamtinnen und Beamten sowie von Richterinnen und Richtern mit ihren verheirateten Kolleginnen und Kollegen ist auch drei Jahre nach der Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Sachsen-Anhalt noch nicht vollständig erreicht. Im Ergebnis der Föderalismusreform wurde die gesetzliche Zuständigkeit für verpartnerte Beamtinnen und Beamte, für Richterinnen und Richter im Landesdienst in die Kompetenz der Länder übertragen. Der Innenminister des Landes sicherte ... zu, alsbald eine solche Gleichstellung, unter anderem bei den Regelungen zum Familienzuschlag, zur Hinterbliebenenpension sowie zur Beamtenbeihilfe, auf den Weg zu bringen. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage ([Drs. 5/714](#)) vom 14. Juni 2007 sieht die Landesregierung nunmehr von einer weiteren Anpassung der beamtenrechtlichen Regelungen ab. Die antragstellende Fraktion sieht hier dennoch entsprechenden Handlungsbedarf gegeben.“

Nun, im Oktober 2008 liegt die Beschlussempfehlung des Innenausschusses vor, danach ist die Landesregierung gefordert, eine Gleichstellung von Verheirateten und eingetragenen Lebenspartnern auf den Weg zu bringen. Zudem ist die Landesregierung aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2009 alle Gesetze und Verordnungen, in denen die Gleichstellung von Ehen und Lebenspartnerschaften zu berücksichtigen ist, zu erfassen und dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Birke Bull (s. [Redemanuskript](#)) begrüßt die Beschlussempfehlung des Ausschusses ausdrücklich und hebt hervor, dass sich namentlich die CDU spürbar bewegt habe.

Der Beschlussempfehlung wird ohne Gegenstimme und Enthaltung einstimmig gefolgt. (s. auch [Pressemitteilung](#) vom 09.10.2008)

Birke Bull: „... allen Unkenrufen hat sich die CDU in Sachsen-Anhalt nicht als Bremsklotz erwiesen. Ich habe durchaus Respekt vor denjenigen, die sich dabei in einem schwierigen Umfeld bemüht haben und offensichtlich auch erfolgreich bemüht haben.“

■ **TOP 12: BAB A 14 - Alternativen planen**
([Drs. 5/1526](#))

Von Emotionalität und Schärfe ist diese Debatte - es geht um die Nordverlängerung der Autobahn A 14 - geprägt. Es geht (s. **Antrag**) um folgendes: „Im Verlauf der Planung der BAB A 14 Abschnitt Magdeburg-Schwerin wurde ein Mehraufwand in Höhe von ca. 500 Mio. € ermittelt. Damit erhöhen sich die Ausgaben zur Realisierung dieses Abschnittes auf ca. 1,29 Mrd. €. Bis dato ist weder der neue Etat in Höhe von 1,29 Mrd. € gesichert, noch liegt der nachhaltige Nachweis des Bedarfs dieses Autobahnabschnittes vor. Insofern sollten beide Umstände Anlass für eine grundlegende Überlegung der sowohl der Region als auch dem tatsächlichen überregionalen Bedarf dienenden Verkehrslösung sein.“

Uwe Heft (s. [Redemanuskript](#)) wirbt dafür, als Alternative zum de facto unbezahlbaren Autobahnbau mit den vorhandenen finanziellen Mitteln den Ausbau von Bundesstraßen zu forcieren und so notwendige Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren.

Das ruft - mit großer Heftigkeit - Landesregierung wie Koalition auf den Plan. Der unbedarfte Beobachter kann den Eindruck gewinnen, es gehe hier um nicht weniger als um Vaterlandsverrat. Die Koalition legt einen **Alternativantrag** ([Drs. 5/1546](#)) vor, der die Alternativlosigkeit der Verlängerung der A 14 geradezu beschwört.

Mit den Stimmen von Koalition und FDP wird dieser Alternativantrag beschlossen, nachdem der Antrag der LINKEN abgelehnt wurde.

Uwe Heft: „Eine Nordverlängerung der BAB 14 ist für die Entwicklung der Altmark in ihrer heutigen erhaltenswerten Prägung nicht erforderlich. Selbst die bisher immer als Hauptargument pro Nordverlängerung herhaltende Wirtschaft erkennt mittlerweile die Vorteile eines Ausbaus der vorhandenen Infrastruktur anstatt eines volkswirtschaftlich nicht notwendigen Autobahnbaus.“

■ **TOP 14: Health Check**
([Drs. 5/1528](#))

Auch wenn der Titel es vermuten ließe – es geht nicht um die Gesundheit, es geht um die drohende Ungleichbehandlung landwirtschaftlicher Betriebe in den neuen Bundesländern. Der **Beschlusstext** lautet: „Die Landesregierung wird beauftragt, gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck die Erwartung auszusprechen, dass diese auf die Verhandlungen zum Health Check in Brüssel und Straßburg sowie im November 2008 im Agrarministerrat konsequent darauf Einfluss nimmt, dass die nach wie vor in Kritik stehenden Vorschläge der Kommission zur progressiven Modulation bzw. zur betriebsgrößenabhängigen Kappung und Degression von Direktzahlungen so nicht beschlossen werden.“

Hans-Jörg Krause (s. [Redemanuskript](#)) warnt vor einer Benachteiligung ostdeutscher Agrarunternehmen bei der künftigen EU-Förderpraxis.

Die Landesregierung wiegelt ab, von ihr sei alles getan worden, sodass der Antrag nicht mehr nötig sei, es sei alles auf dem Weg gebracht worden. Folgerichtig lehnen die Koalitionsfraktionen den Antrag gegen die Stimmen der LINKEN und der FDP ab.

Hans-Jörg Krause: „Es gibt nach wie vor Interessengruppen in Deutschland und Europa, die sich nicht mit den modernen Agrarstrukturen im Osten Deutschlands abfinden können und wollen.“

■ **TOP 17: Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur deutlichen Verminderung der Flächenneuversiegelung in Sachsen-Anhalt**
([Drs. 5/1525](#))

Der **Antrag** wird wie folgt begründet: „Angesichts der Unvermehrbarkeit der für die primäre Nahrungsgütererzeugung und für nachwachsende Rohstoffe zur Verfügung stehenden Bodenflächen sind die weltweit anhaltenden Bodenverluste durch Versteppung, Versalzung, Erosion, Abgrabung und Versiegelung alarmierend hoch. Trotz entsprechender Grundsätze

und Ziele im noch gültigen Landesentwicklungsplan ist die Rate der Neuversiegelung von Bodenflächen in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Mit einer Netto-Neuversiegelungsrate von 15 ha/Tag steht Sachsen-Anhalt mittlerweile mit Abstand an der Spitze aller Bundesländer. Daraus ergibt sich ein dringender Handlungsbedarf über allgemeine landesplanerische Grundsätze hinaus.“

Es liegt zum Thema ein **weiterer Antrag** - gestellt von der FDP – vor ([Drs. 5/1536](#)), der sich allerdings auf eine Berichterstattung der Landesregierung im zuständigen Ausschuss beschränkt. Zu diesem legt die Koalition einen **Alternativantrag** ([Drs. 5/1548](#)) vor, der ebenfalls auf eine Berichterstattung zielt und zudem die Einbeziehung der Stiftung für Umwelt, Natur- und Klimaschutz anregt.

Für DIE LINKE legt **Dr. Uwe-Volkmar Köck** (s. [Redemanuskript](#)) dar, dass der von den anderen Fraktionen geforderte Bericht bestenfalls ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem Handlungskonzept darstelle, alleine aber bei weitem nicht ausreichend sei.

Eine Ausschussüberweisung des Antrages der LINKEN wird ebenso abgelehnt, wie der Antrag selbst. Auch der Antrag der FDP erfährt mehrheitliche Ablehnung, mit den Stimmen der Koalition wird ihr eigener Alternativantrag beschlossen.

Dr. Uwe-Volkmar Köck: „Leider deutet der Wortlaut des Alternativantrages der Koalition darauf hin, sich zum wiederholten Male einem vernünftigen Anliegen zu verweigern, nur weil der Anstoß dazu von der LINKEN kommt. Stattdessen sollen Komplimente für die Landesregierung gedreht werden.“

■ **TOP 18: Föderalismusreform II solidarisch gestalten** ([Drs. 5/737](#), [Drs. 5/1512](#))

Der Antrag ist vom Juli 2007, nun endlich findet er in zweiter Beratung in den Landtag zurück. In der **Antragsbegründung** heißt es u.a.: „Im Zentrum der bisherigen Debatte steht das Thema der Staatsverschuldung. Dabei wird zunehmend die Forderung erhoben, neue Verschuldungsregeln in das Grundgesetz und die Länderverfassungen mit dem Ziel einer restriktiveren Haushaltspolitik einschließlich eines generellen Neuverschuldungsverbotes einzuführen. Solche Änderungen sind volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Sie laufen auf eine Revision des Staatsziels der Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hinaus.“ Nun endlich liegt eine **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Finanzen vor ([Drs. 5/1512](#)), zu der **Dr. Angelika Klein** (s. [Redemanuskript](#)) Stellung nimmt. Sie begründet vor allem einen **Änderungsantrag** ihrer Fraktion ([Drs. 5/1550](#)). DIE LINKE wendet sich gegen ein striktes Verschuldungsverbot beim Landeshaushalt und gegen mögliche Eingriffe des Bundes in die Landespolitik bei Haushaltsnotlagen. Dieser Änderungsantrag wird von den anderen Fraktionen abgelehnt, der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses wird von eben diesen Fraktionen gegen die Stimmen der LINKEN die Zustimmung erteilt.

Dr. Angelika Klein: „Die Entscheidung, ob neue Schulden aufgenommen werden oder nicht, muss eine politische Entscheidung sein und bleiben. Damit befürworten wir nicht - und ich betone ausdrücklich - nicht eine Neuverschuldung ohne Wenn und Aber.“

■ **TOP 21: Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms** ([Drs. 5/1538](#))

DIE LINKE fordert genau das, was der Titel des Antrages beinhaltet und **begründet** dies so: „Die Abgabe von Milch und Obst in den Schulen ist eine wirksame Maßnahme zur gesunden Ernährung der Kinder und wird dazu beitragen, gute Essgewohnheiten gerade bei jungen Menschen zu fördern. Eine solche Förderung ist vor dem Hintergrund zunehmender gesundheitlicher Probleme bei Kindern und Jugendlichen aufgrund von unausgewogener Ernährung und unzureichender Bewegung unbedingt erforderlich. Unter den Bedingungen von Hartz IV

und der allgemein zunehmenden Kinderarmut erhält die regelmäßige Versorgung der Kinder mit Milch und Obst noch eine zusätzliche Brisanz.“

Harry Czeke (s. [Redemanuskript](#)) wirbt dafür, in den zuständigen Ausschüssen zu beraten, wie dem benannten Anliegen für das Schuljahr 2009/2010 am besten Rechnung getragen werden könne.

Der Antrag findet wohlwollende Zustimmung und wird zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Harry Czeke: „Studien belegen, dass sich viele Kinder zu einseitig ernähren. Das heißt, dass sie keine Milch, kein Obst oder kein Gemüse zu sich nehmen oder dass sie unregelmäßig essen, zwischen durch häufig nur kleine Snacks knabbern, die meist zu süß oder zu salzig sind, und dass sie viel zu viel und viel zu oft Fastfood essen.“

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#):

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils den Redebeiträgen der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

- aktuelle Landtagssitzung: <http://www.linksfraktion-lsa.de/lts/lts.htm>
- frühere Landtagssitzungen: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>
- offizielles Wortprotokoll: <http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63>

Zu folgenden Tagesordnungspunkten stellte die Fraktion der LINKEN Änderungsanträge:

- **TOP06: Entwurf eines Gesetzes zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag**
([Drs. 5/1431](#); [Drs. 5/1531](#))

Hier geht es um einen gemeinsamen **Änderungsantrag aller Fraktionen** ([Drs. 5/1545](#)), mit dem die ARD-Intendanten aufgefordert werden, einen gerechten Finanzausgleich vereinbaren, der auch die Belange der Rundfunkanstalten berücksichtigt, deren Finanzaufkommen in besonderer Weise durch Gebührenbefreiungen betroffen ist. Solche Gebührenbefreiungen gelten u.a. für Hartz-IV-EmpfängerInnen. Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

- **TOP 08: Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West**
([Drs. 5/1534](#))

Der Antrag stammt von den **Koalitionsfraktionen CDU und SPD**, folgendes soll beschlossen werden: „Der Landtag von Sachsen-Anhalt unterstützt einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, der die Bundesregierung auffordert, Modellrechnungen vorzulegen, wie die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Rentenwerte in Ost und West in einem angemessenen Zeitraum erreicht werden kann.“

Dies nun ist der LINKEN im Oktober des Jahres 2008 denn doch etwas wenig, daher ihr **Änderungsantrag** ([Drs. 5/1547](#)). Wenigstens ein Zieltermin soll nach Auffassung der LINKEN in den Beschluss, spätestens im Jahr 2013 soll die Rentengleichung Realität sein. In trauter Gemeinsamkeit lehnen CDU, SPD und FDP diesen Änderungsantrag ab.

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

- Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

aktuelle: <http://www.linksfraktion-lsa.de/presse/presee.htm>

ältere: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

■ Fraktionsaustritt

Am 14. Oktober 2008 erklärte die Abgeordnete **Barbara Knöfler** ihren Austritt aus der Landtagsfraktion und der Partei DIE LINKE.

Dazu der **parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion Dr. Frank Thiel**: „In der heutigen Sitzung der Fraktion der LINKEN informierte der Fraktionsvorstand die Fraktion darüber, dass Barbara Knöfler Tonaufzeichnung von Fraktions- und Arbeitskreissitzungen sowie einem Telefonat mit dem Fraktionsvorsitzenden im Jahre 2005 ohne Wissen der Betroffenen veranlasst hat. Diese Tonaufzeichnungen liegen der Fraktion vor. Die Fraktion hat dieses Vorgehen von Barbara Knöfler als einen schwerwiegenden Vertrauensbruch bewertet und ohne Gegenstimme einen Beschluss gefasst, Barbara Knöfler aufzufordern, sofort ihr Mandat im Landtag von Sachsen-Anhalt niederzulegen. Dieser Weg ist der einzige, um Schaden von der Partei und der Fraktion abzuwenden. Barbara Knöfler informierte in der Fraktionssitzung darüber, dass sie ab sofort nicht mehr Mitglied der Partei DIE LINKE sowie deren Landtagsfraktion ist, ihr Mandat jedoch weiterhin behalten will.“

Aktuelle Terminhinweise:

- **Mittwoch, 22. Oktober 2008, Weißenfels**
Konferenz: Rettet die Gemeindeschwester die Gesundheit auf dem Lande? Wege zur Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung
- **Freitag, 24. Oktober 2008, Magdeburg**
Öffentliche Vorstellung: „30 Monate CDU-SPD-Koalition – Halbzeitbilanz der LINKEN“ (ab 24.10.2008 auch auf der [Homepage](#) der Fraktion)
- **Freitag, 31. Oktober 2008, Braunschweig**
Podiumsdiskussion: Würde im Alter, Nein zur Rente ab 67!
- **Montag, 3. November 2008, Magdeburg/Landtag**
Arbeitstagung „Linke Positionen zur Dienstrechtsentwicklung nach der Föderalismusreform“
- **Samstag, 8. November 2008, Magdeburg**
Konferenz der Landtagsfraktion der LINKEN: Innovationscenter Hochschule zwischen Autonomie und Finanznot?

Weitere Termininformationen sind u.a. hier zu finden:

- <http://www.linksfraktion-lsa.de/termine.htm>
- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/
- http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de